

Res Publica

Daniel Eckstein

Die Vereinbarkeit der De-Facto-Annexion mit dem Völkerrecht

Dargestellt am Beispiel der israelischen Sperranlage

Zugleich eine Analyse des IGH-Gutachtens
vom 9. Juli 2004

ÖFFENTLICHES UND INTERNATIONALES RECHT

Herausgegeben von Udo Fink, Dieter Dörr
und Rolf Schwartmann

16

PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung.....	19
I. Die geschichtliche Entwicklung bis zum Bau der Sperranlage und die Entwicklung der Grenzen des Staates Israel.....	20
1. Von der osmanischen Zeit bis zum „Unabhängigkeitskrieg“ 1948.....	20
a) Mandatsgebiet.....	22
b) Der Teilungsplan der UN – GA-Resolution 181 (II).....	23
c) Gebietsveränderungen im Unabhängigkeitskrieg – Die „Green Line“.....	24
2. Grenzveränderungen durch den „Suez-Feldzug“ 1956.....	27
3. Grenzveränderungen durch den „Sechs-Tage-Krieg“ von 1967.....	29
4. „Abnutzungskrieg“ 1969 und „Yom-Kippur-Krieg“ 1973.....	31
5. Libanonkrieg 1982.....	33
6. „1. Intifada“ 1987 und „Al-Aqsa-Intifada“ 2000.....	35
II. Die Sperranlage.....	36
1. Begrifflichkeiten – „Mauer“ oder „Zaun“.....	37
2. Die Phasen der Sperranlage und der Verlauf der Anlage.....	39
a) Der Beschluss zum Bau der Anlage und die Einteilung in drei Bauphasen.....	39
b) Die Konformität mit der „Green Line“.....	43
3. Technische Aspekte.....	43
4. Zwischenergebnis.....	44
III. Bisher ergangene Gerichtsentscheidungen.....	45
1. Das IGH-Gutachten vom 9. Juli 2004.....	45
2. Die „Beit Sourik“-Entscheidung des Israel Supreme Court vom 30. Juni 2004.....	51
3. Die „Alfei Menashe“-Entscheidung des Israel Supreme Court vom 15. September 2005.....	53
B. Das IGH-Gutachten vom 9. Juli 2004 in formeller Hinsicht.....	55
I. Problematiken in Bezug auf die Anfrage selbst.....	55
1. Die Anfrage durch die Generalversammlung als ultra vires-Handlung.....	56
a) Grundsatz der Möglichkeit der Anrufung des IGH durch die UN-Generalversammlung, Art. 96 Abs. 1 UN-Charta.....	56
b) Verstoß gegen den Vorrang der Zuständigkeit des Sicherheitsrates, Art. 12 Abs. 1 UN-Charta.....	57
(1) Die Befassung des UN-Sicherheitsrates mit dem Nahost-Konflikt....	58
i. Das Vorliegen einer „Streitigkeit“ oder „Situation“.....	58
ii. Die „Wahrnehmung“ durch den Sicherheitsrat.....	62
1. Die Auslegung des Begriffs „Wahrnehmung“ und die Praxis der Vereinten Nationen.....	62

2.	Spätere konkludente Aufgabe der Roadmap.....	69
3.	Die fehlende Berufung des Sicherheitsrates als Heilungsgrund hinsichtlich des Tatbestandsmerkmals der „Wahrnehmung“.....	70
4.	Die fortdauernde Zuständigkeit der Generalversammlung wegen der Besonderheiten Palästinas als früheres Mandatsgebiet als spezielle Zuständigkeitsnorm im vorliegenden Fall.....	72
(2)	Die Auslegung des Merkmals „Empfehlung“ in Art. 12 Abs. 1 UN-Charta.....	74
i.	Die Behandlung der gleichen Thematik in Sicherheitsrat und Generalversammlung.....	77
ii.	Vorgehen im Widerspruch zum Vorgehen des Sicherheitsrates.....	78
iii.	Kommunikation nach außen durch die Generalversammlung.....	78
c)	Ergebnis.....	81
2.	Die Anfrage durch eine Emergency Special Session als ultra vires-Handlung.....	81
a)	Die Emergency Special Session und die Uniting-for-peace-Doktrin.....	81
b)	Die Übertragbarkeit der Uniting for Peace-Grundsätze auf eine Zeit nach Ende des „Kalten Krieges“.....	86
(1)	Geschichtliche und politische Hintergründe und grundsätzliche Übertragbarkeit.....	86
(2)	Übertragbarkeit der Uniting for Peace-Grundsätze aufgrund der zehnten Emergency Special Session.....	96
(3)	Zwischenergebnis.....	104
c)	Vorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen von Uniting for Peace im Falle von ES-10/14.....	105
(1)	Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit.....	106
(2)	Blockade aufgrund fehlender Einstimmigkeit.....	107
(3)	Fehlende Fähigkeit des Sicherheitsrates zur Übernahme seiner ihm obliegenden Verantwortung.....	109
(4)	Ergebnis.....	110
d)	Die Rechtsfolgen.....	111
(1)	Grundsätzliche Folge eines ultra vires-Handelns seitens der UN.....	111
(2)	Die Kompetenz zur Feststellung der Einhaltung der Verfahrensvorschriften.....	114
(3)	Heilung des Verfahrensverstößes durch parallel tagende ordentliche Generalversammlung.....	117
(4)	Ergebnis.....	118
3.	Die Anfrage durch eine parallel zu einer ordentlichen Generalversammlung tagende Emergency Special Session als ultra vires-Handlung.....	119
4.	Die Anfrage durch eine wieder einberufene Emergency Special Session als ultra vires-Handlung.....	122
5.	Ergebnis	123

II. Problematiken in Bezug auf den Inhalt der Anfrage.....	123
1. Die fehlende Einordnungsmöglichkeit als „Rechtsfrage“.....	124
a) Die Beschränkung auf „legal questions“ und die Praxis des IGH....	124
b) Voraussetzungen in der „Wall“-Entscheidung des IGH.....	126
c) Ergebnis.....	129
2. Die Anfrage durch die Generalversammlung als Rechtsmissbrauch.....	129
3. Ergebnis	132
III. Die Problematik der Begutachtung trotz entgegenstehendem Willen eines der betroffenen Staaten.....	132
1. Die Unterscheidung zwischen Streitverfahren und Gutachtenverfahren und die bisherige Rechtspraxis des St. IGH und IGH.....	133
2. Die Einordnung der „Wall“-Entscheidung.....	137
3. Ergebnis	141
IV. Die Problematik der Schädigung parallel laufender politischer Friedensverhandlungen durch eine gerichtliche Begutachtung.....	141
V. Die Problematik des Verstoßes gegen das Prinzip nullus commodum capere potest de sua iniuria propria.....	144
VI. Die Problematik hinsichtlich der Faktenlage des IGH.....	145
1. Der Einwand fehlender Fakten.....	146
2. Die Normen des IGH-Statuts und die Praxis internationaler Gerichte.....	146
1. Die Faktenlage im vorliegenden Fall im Vergleich zur Faktenlage israelischer Gerichte.....	151
a) Die Informationsquellen des IGH in der „Wall“-Entscheidung.....	151
(1) Der Bericht des UN-Generalsekretärs und des Special Rapporteurs John Dugard.....	151
(2) Die Informationen durch Drittstaaten.....	155
(3) Die öffentlich verfügbaren Informationen.....	158
(4) Zwischenergebnis.....	160
b) Die Informationsquellen des IGH im Vergleich zu den Informationsquellen des ISC.....	160
4. Das Vorgehen des IGH in der „Wall“-Entscheidung.....	163
5. Rechtsfolge der fehlenden Fakten und Ergebnis.....	166
VII. Die Problematik hinsichtlich der Mitwirkung des Richters Nabil Elaraby.....	166
1. Die Befangenheitsnormen des IGH-Statutes und der Umgang des IGH mit dem Vorwurf der Befangenheit.....	168
2. Die frühere Tätigkeit und Äußerungen Nabil Elarabys.....	170
a) Die frühere berufliche Tätigkeit Nabil Elarabys und die Auslegung der Befangenheitsnormen.....	170
(1) Wortlaut und travaux préparatoires der Befangenheitsnormen.....	172
(2) Vergleich der Praxis internationaler Spruchkörper in Hinblick auf den Umgang mit Befangenheitsnormen.....	173
(3) Zwischenergebnis.....	175

b) Das Interview mit der ägyptischen Zeitschrift „Al-Ahram Weekly“ im August 2001.....	177
c) Zwischenergebnis.....	178
3. Die Rechtsfolge der Mitwirkung des Richters Nabil Elaraby.....	179
VIII. Zwischenergebnis zur Zuständigkeit des IGH in der vorliegenden Entscheidung.....	180
IX. Die Problematik der Nicht-Ausübung des Zurückweisungsrechts durch den IGH.....	181
1. Das Zurückweisungsrecht aus Art. 65 Abs. 1 IGH-Statut und die bisherige Rechtspraxis.....	181
2. Separate Zurückweisungsgründe in der vorliegenden Entscheidung.....	185
a) Die mangelhafte Faktenlage als Zurückweisungsgrund.....	188
b) Das rechtsmissbräuchliche Verhalten der Generalversammlung als Zurückweisungsgrund.....	190
c) Zwischenergebnis.....	194
3. Die Einwände in ihrer Gesamtheit.....	194
4. Ergebnis	196
X. Endergebnis zur Untersuchung der formellen Aspekte des IGH-Gutachtens vom 9. Juli 2004.....	196
C. Die Vereinbarkeit der israelischen Sperranlage mit dem Völkerrecht.....	198
I. Die Unterteilung der Sperranlage hinsichtlich ihres Verlaufs.....	198
1. Rechtliche Einordnung der auf israelischem Gebiet liegenden Segmente. .	198
2. Rechtliche Einordnung der auf westjordanischem Gebiet belegenen Segmente der Sperranlage, die israelische Siedlungen umschließen.....	199
a) Einführung in Geschichte und Bedeutung der Siedlungen.....	201
b) Anwendbarkeit des „Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten“ auf die israelische Herrschaft über das Westjordanland.....	204
(1) Völkervertragsrechtliche Anwendbarkeit der IV. GK auf die israelische Herrschaft über die 1967 eroberten Gebiete.....	205
i. Die Eroberung des Westjordanlandes als „Besetzung“ im Sinne des Art. 2 Abs. 2 IV. GK.....	206
ii. Das Westjordanland als „Gebiet einer der hohen Vertragsparteien“ im Sinne des Art. 2 Abs. 2 IV. GK.....	213
iii. Zwischenergebnis.....	217
iv. Teleologische Reduktion der Anwendungsvorschriften aufgrund historischer Besonderheiten.....	217
1. Teleologische Reduktion aufgrund eines „defensive conquest“ durch Israel.....	218
2. Teleologische Reduktion aufgrund des Mandatsvertrages.....	222
v. Ergebnis.....	223

(2)	Anwendbarkeit der IV. GK aufgrund von Normenwendungs- befehlen durch die UN.....	223
(3)	Ergebnis.....	225
c)	Verstoß gegen Normen der IV. GK.....	225
(1)	Verstoß gegen Art. 49 Abs. 6 IV. GK.....	226
i.	Tatbestandsvoraussetzungen aus Art. 49 Abs. 6 IV. GK.....	226
ii.	Zwischenergebnis.....	233
iii.	Ausschluss der Tatbestandsmäßigkeit aufgrund der Oslo- Abkommen.....	233
iv.	Eingreifen von Rechtfertigungsnormen.....	235
1.	Rechtfertigung durch immanente Rechtfertigungsnormen.....	235
2.	Rechtfertigung durch Art. 49 Abs. 2 IV. GK.....	236
3.	Rechtfertigung durch Art. 27 Abs. 4 IV. GK.....	236
a)	Anwendbarkeit des Art. 27 Abs. 4 IV. GK auf Art. 49 IV. GK.....	236
b)	Tatbestandliche Voraussetzungen des Art. 27 Abs. 4 IV. GK.....	238
4.	Rechtfertigung nach Art. 43 HLKO.....	241
5.	Rechtfertigung durch Art. 51 UN-Charta.....	243
6.	Ergebnis.....	244
(2)	Verstoß gegen Art. 147 IV. GK.....	245
(3)	Ergebnis.....	245
c)	Verstoß gegen Normen des Völkergewohnheitsrechts.....	245
d)	Zwischenergebnis.....	246
e)	Konsequenz der Rechtswidrigkeit eines Teils der Siedlungen für die Frage der Rechtmäßigkeit der diese Siedlungen umschließenden Teile der Sperranlage.....	246
3.	Ergebnis	253
II. Die Vereinbarkeit der Sperranlage mit Normen des internationalen humanitären Völkerrechts.....		253
1.	Verstöße gegen Normen der IV. GK.....	253
a)	Die Reichweite des Art. 6 IV. GK und die daraus folgende Prüfungskompetenz im vorliegenden Fall.....	253
(1)	Die Anwendbarkeit des Art. 6 IV. GK auf den vorliegenden Sachverhalt.....	253
(2)	Die Auslegung des Merkmals des „general close of military operations“.....	257
(3)	Ergebnis.....	264
b)	Verstoß gegen Art. 53 IV. GK – Zerstörung von Eigentum.....	265
(1)	Die Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 53 IV. GK.....	265
(2)	Rechtfertigung der durchgeführten Zerstörungen.....	269
i.	Rechtfertigung der Zerstörungen nach Art. 53 IV. GK.....	269
1.	Vorliegen einer „military operation“.....	269
2.	Absolute Notwendigkeit der Zerstörungen für die militärische Operation.....	270

a)	Der Bau der Anlage und die hierfür ausgeführte Zerstörung als Maßnahme zur Erreichung eines nach der IV. GK nicht untersagten Ziels.....	271
b)	Geeignetheit der Sperranlage zur Erreichung des Zieles.....	276
c)	Erforderlichkeit der Sperranlage und der dazu ausgeführten Zerstörungen.....	278
(1)	Die Möglichkeit strafrechtlicher Verfolgung.....	279
(2)	Die gezielte Tötung Einzelner.....	282
(3)	Militärische Operationen.....	284
(4)	Eine „Green Line“-konforme Route als milderes Mittel.....	285
(5)	Ergebnis.....	288
d)	Angemessenheit der Sperranlage und der dazu ausgeführten Zerstörungen.....	288
(1)	Die Etablierung des Israel Supreme Court im israelischen Rechtssystem.....	289
(2)	Die gesicherte Möglichkeit der Anrufung des ISC bei Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Sperranlage stehen.....	291
(3)	Der Prüfungsumfang des ISC nach Normen und Inhalt.....	293
(4)	Zwischenergebnis.....	295
e)	Ergebnis.....	296
ii.	Rechtfertigung der Zerstörungen nach Art. 27 Abs. 4 IV. GK.....	296
iii.	Rechtfertigung der Zerstörungen nach Art. 43 HLKO.....	297
iv.	Rechtfertigung der Zerstörungen nach Art. 51 UN-Charta.....	297
v.	Ergebnis.....	297
(3)	Ergebnis.....	297
c)	Verstoß gegen Art. 23 Abs. 1 IV. GK i. V. m. Art. 59 Abs. 3 IV. GK – Beförderung von Medizin, Nahrung und Kleidung.....	298
d)	Verstoß gegen Art. 39 IV. GK – Recht auf Arbeit.....	299
e)	Verstoß gegen Art. 47 Var. 1 IV. GK – Unverletzlichkeit bestimmter Rechte.....	301
f)	Verstoß gegen Art. 49 Abs. 1 IV. GK – Deportationen und Transfers.....	301
g)	Verstoß gegen Art. 52 Abs. 2 IV. GK – Gezielte Erzeugung von Arbeitslosigkeit.....	304
h)	Verstoß gegen Art. 50 Abs. 1 IV. GK – Institutionen für Kinder.....	304
i)	Verstoß gegen Art. 146 IV. GK i. V. m. Art. 147 IV. GK – Schwere Verletzung von Durchführungsbestimmungen.....	306
2.	Ergebnis zur IV. GK.....	309
3.	Verstöße gegen Normen der HLKO.....	309
a)	Verstoß gegen Art. 46 Abs. 2 HLKO – Verbot von Konfiszierungen.....	309
b)	Verstoß gegen Art. 46 Abs. 1 HLKO – Achtung gegenüber dem Privateigentum.....	314
c)	Verstoß gegen Art. 52 Abs. 1 HLKO – Requisitionen.....	315
(1)	Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 52 Abs. 1 IV. GK.....	315

(2)	Rechtfertigung nach Art. 52 HLKO.....	320
i.	Anordnung durch den örtlichen Befehlshaber, Art. 52 Abs. 2 HLKO.....	320
ii.	Requisition für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres, Art. 52 Abs. 1 HLKO.....	320
iii.	Einhaltung der Entschädigungsregeln nach Art. 52 Abs. 3 HLKO.....	324
iv.	Einhaltung des Rahmens der Verhältnismäßigkeit.....	324
v.	Ergebnis zur Rechtfertigung nach Art. 52 HLKO.....	326
(3)	Ergebnis zu Art. 52 HLKO.....	327
d)	Verstoß gegen Art. 53 HLKO – Beschlagnahme.....	327
e)	Verstoß gegen Art. 55 HLKO – Nutznießerstellung.....	329
f)	Verstoß gegen Art. 23 lit. g) HLKO – Zerstörungen.....	331
4.	Ergebnis zur HLKO.....	334
5.	Verstöße gegen Normen des internationalen humanitären Gewohnheitsrechts.....	334
6.	Endergebnis zu den Normen des internationalen humanitären Rechts.....	335
III. Die Vereinbarkeit der Sperranlage mit internationalen Menschenrechtspakten.....		335
1.	Anwendbarkeit der Menschenrechtspakte bei gleichzeitiger Anwendbarkeit der Normen des internationalen humanitären Rechts.....	336
a)	Extraterritoriale Anwendbarkeit von Menschenrechtspakten.....	336
b)	Verdrängung aufgrund der Spezialität der Normen des humanitären Völkerrechts.....	345
c)	Zwischenergebnis.....	351
d)	Besonderheiten im Verhältnis zwischen Israel und den besetzten Gebieten.....	351
e)	Ergebnis.....	352
2.	Verstöße gegen Normen des IPbpr.....	353
a)	Verstoß gegen Art. 12 Abs. 1 IPbpr – Bewegungsfreiheit.....	353
b)	Verstoß gegen Art. 12 Abs. 4 IPbpr – Einreiserecht.....	356
c)	Verstoß gegen Art. 17 Abs. 1 IPbpr – Recht auf Privatsphäre.....	357
d)	Ergebnis zum IPbpr.....	359
3.	Verstöße gegen Normen des IPwskR.....	359
a)	Das Erfordernis des „Gesetzes“.....	360
b)	Das Erfordernis der „Förderung des Wohles in einer demokratischen Gesellschaft“.....	360
c)	Das Erfordernis der Erhaltung des Wesensgehalts.....	362
d)	Ergebnis.....	362
4.	Verstöße gegen Normen der KRK.....	363
a)	Verstoß gegen Art. 16 KRK – Schutz der Privatsphäre.....	363
b)	Verstoß gegen Art. 24 KRK – Gesundheitsschutz.....	363
c)	Verstoß gegen Art. 27 KRK – Recht auf angemessene Entwicklung des Kindes.....	365
d)	Verstoß gegen Art. 28 KRK – Recht auf Schulbildung.....	366
e)	Ergebnis.....	367

5. Endergebnis zu den Normen der internationalen Menschenrechtspakte...	367
IV. Die Vereinbarkeit der Sperranlage mit dem allgemeinen Völkerrecht.....	368
1. Der Bau und Betrieb der Sperranlage als Annexion.....	368
a) Die Entwicklung des Annexionsverbots und die tatbestandlichen Voraussetzungen einer völkerrechtswidrigen Annexion.....	368
(1) Der Tatbestand der Annexion in Abgrenzung zur Okkupation.....	369
(2) Die Annexion im klassischen Völkerrecht.....	371
(3) Die Annexion im modernen Völkerrecht.....	371
b) Der Bau und Betrieb der Sperranlage im Westjordanland als Annexion.....	376
(1) Das Vorliegen der objektiven Elemente einer Annexion.....	377
i. Die Ausübung effektiver Herrschaftsgewalt über das Westjordanland	377
ii. Die Herrschaftsgewalt über das Westjordanland zu Ungunsten eines anderen Staates.....	377
1. Die Einordnung „Palästinas“ im Kontext der Annexion.....	377
a) Die staatsähnliche Behandlung „Palästinas“ im internationalen Verkehr.....	378
b) Die Einordnung der Entität „Palästina“ im Völkerrecht.....	379
c) Zwischenergebnis.....	380
2. Die Einordnung der Green Line im Kontext der Annexion.....	380
a) Die „Green Line“ in den bilateralen Abkommen.....	381
b) Die Anwendbarkeit des Rechtsgedankens des „Uti-Possidetis“-Prinzips auf die „Green Line“.....	382
c) Die Ansicht des UN-Sicherheitsrates.....	386
d) Zwischenergebnis.....	386
3. Zwischenergebnis.....	387
(2) Das Vorliegen der subjektiven Elemente einer Annexion.....	387
i. Das Vorliegen eines direkten Annexionswillens.....	387
ii. Das Vorliegen eines konkludenten Annexionswillens.....	387
1. Die objektive Interpretation der Sperranlage.....	387
2. Die geäußerten Ansichten israelischer Politiker.....	389
3. Die Einordnung der Gebiete als „disputed territories“.....	390
4. Die Besonderheiten der israelischen Herrschaft über die 1967 eroberten Gebiete.....	392
5. Zwischenergebnis.....	394
(3) Ergebnis.....	394
c) Ergebnis.....	394
2. Die Einordnung der „De-Facto-Annexion“ und die Zuordnung der israelischen Sperranlage.....	394
a) Die Abgrenzung der „De-Facto“-Annexion von der „De-Jure“-Annexion und die Rechtsfolgen einer „De-Facto“-Annexion im Völkerrecht.....	395

(1)	Die Analyse der „De-Facto“-Annexion: Das Überwiegen des objektiven Elements der Annexion bei fehlender Nachweisbarkeit des subjektiven Elements.....	396
i.	Der Schluss der „De-Facto“-Annexion vom vorliegenden objektiven Element der Annexion auf das Vorliegen des subjektiven Elements.....	396
ii.	Die Prognose der „De-Facto“-Annexion in Hinblick auf das subjektive Element der Annexion.....	400
iii.	Zwischenergebnis.....	400
(2)	Die Einordnung der „De-Facto“-Annexion als völkerrechtswidrige Annexion im Lichte des Sinn und Zwecks des Annexionsverbots...	401
(3)	Die Einordnung der „De-Facto“-Annexion als Okkupation im Lichte des Sinn und Zwecks des Annexionsverbots.....	402
(4)	Zwischenergebnis.....	403
b)	Die Einordnung der Sperranlage in die untersuchten Kategorien und die völkerrechtliche Rechtsfolge für die Sperranlage.....	403
c)	Ergebnis.....	403
3.	Die Vereinbarkeit der Sperranlage mit dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.....	404
a)	Die Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Umfang des Selbstbestimmungsrechts der Völker.....	404
b)	Die Palästinenser als Träger des Selbstbestimmungsrechts der Völker.....	409
c)	Die israelische Sperranlage als Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.....	411
i.	Die Sperranlage im Westjordanland als Verletzung der Integrität des künftigen Staates Palästina.....	412
ii.	Die Sperranlage im Westjordanland als Erschwerung der Möglichkeit der Ausübung des Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.....	413
iii.	Ergebnis.....	416
d)	Die Möglichkeit einer Rechtfertigung in Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Völker.....	416
i.	Das Selbstbestimmungsrecht der palästinensischen Volkes als ius cogens und Verletzungen dieses Rechts als Verletzungen erga omnes.....	416
ii.	Die „Gegenrechte“ des israelischen Volkes: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Recht nicht angegriffen zu werden als Rechte ius cogens und Verletzungen dieser Rechte als Verletzungen erga omnes.....	419
1.	Das Selbstbestimmungsrecht des israelischen Volkes.....	419
2.	Das Gewaltverbot.....	422
3.	Zwischenergebnis.....	422
iii.	Lösungsversuche über das Modell der praktischen Konkordanz.....	422
iv.	Zwischenergebnis.....	425

e)	Ergebnis.....	425
4.	Die Möglichkeit der Berufung auf Art. 51 UN-Charta – Selbstverteidigungsrecht.....	425
a)	Die tatbestandlichen Voraussetzungen des Art. 51 UN-Charta.....	427
i.	Das Staatserfordernis in Art. 51 UN-Charta.....	427
1.	Der Wortlaut, die Entstehungsgeschichte, die Systematik und der Telos des Art. 51 UN-Charta und der relevanten Resolutionen.....	427
2.	Die Praxis des UN-Sicherheitsrats und der NATO-Staaten.....	433
3.	Die weitere Staatenpraxis.....	439
4.	Zwischenergebnis.....	440
ii.	Ergebnis.....	441
b)	Die teleologische Reduktion des Art. 51 UN-Charta auf fremdes und nicht beherrschtes Gebiet.....	441
i.	Der Ausschluss der Selbstverteidigung bei effektiver Kontrolle über das fremde Territorium.....	442
ii.	Der Rückausschluss der teleologischen Reduktion aufgrund der Besonderheiten im Falle der israelischen Besetzung des palästinensischen Gebietes.....	444
iii.	Ergebnis.....	446
c)	Das Nicht-Erreichen der notwendigen Schwelle und die „Accumulation of events“-Theorie.....	446
d)	Die Erfassung nicht-gewaltsamer Gegenmaßnahmen und die Frage der Gegenwärtigkeit.....	447
e)	Ergebnis.....	448
5.	Die Möglichkeit der Berufung auf Notstand.....	448
6.	Die Vereinbarkeit der Sperranlage mit den UN-Resolutionen A/RES/181, S/RES/242 und S/RES/338.....	450
a)	Der Überblick über den geschichtlichen Kontext der Resolutionen.....	451
b)	Die Verbindlichkeit der Resolutionen.....	451
c)	Die inhaltlichen Forderungen der Resolutionen.....	455
d)	Die heutige Anwendbarkeit der Resolutionen und die Konkretisierung in der Road Map.....	460
e)	Ergebnis.....	461
7.	Endergebnis zum allgemeinen Völkerrecht.....	462
D.	Die Sonderfälle Gaza und Ost-Jerusalem.....	463
I.	Die Sperranlage um den Gaza-Streifen.....	463
II.	Die Sperranlagen in Jerusalem.....	464
III.	Ergebnis.....	465
E.	Die Bedeutung der IGH-Entscheidung für die zukünftige Entwicklung des Völkerrechts.....	466
I.	Auswirkungen des Gutachtens auf den IGH und das Gutachtenverfahren.....	466
1.	Die Anwendung der Zuständigkeitsnormen.....	466

2.	Die Anwendung der Zurückweisungsoption.....	467
3.	Die Anwendung der Befangenheitsvorschriften.....	467
4.	Ergebnis	467
II. Auswirkungen des Gutachtens auf Drittstaaten und die palästinensische Bevölkerung.....		468
III. Auswirkungen des Gutachtens in Hinblick auf die Anwendung und Auslegung des Völkerrechts.....		470
1.	Die Auslegung des Art. 6 IV. GK durch den IGH.....	470
2.	Die Ansicht des IGH zur Parallelität des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtspakte.....	471
3.	Die Behandlung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch den IGH	471
4.	Die Auslegung des Art. 51 UN-Charta durch den IGH.....	472
IV. Ergebnis.....		473
F. Endbetrachtung.....		474